

Wir lassen uns nicht MUNdtot machen ...

Gedanken zum bevorstehenden Diplomatenball

Am Sonntagabend um 20 Uhr ist es wieder so weit, endlich findet der von allen sehnlich erwartet Diplomatenball statt. Die Spannung und die Erwartung sind groß! Umso mehr, nachdem die „offizielle“ Afterworkparty am Samstagabend leider ausfallen musste.

Welche Höhepunkte mag der Festakt wohl bereithalten? Viele sehen ihn als Chance, einmal ganz ungezwungen zusammenzukommen und die vergangenen Tage entspannt ausklingen zu lassen.

Seit jeher bildet der Ball den festlichen Abschluss der MUN-Konferenz. Nach einem Essen vom Büfett wird das Tanzbein geschwungen. Traditionell eröffnet Ihre Exzellenz die Generalsekretärin mit dem ersten Tanz des Abends die Tanzfläche. Anschließend sind auch die Teilnehmer dazu eingeladen, das Parkett zu erobern.

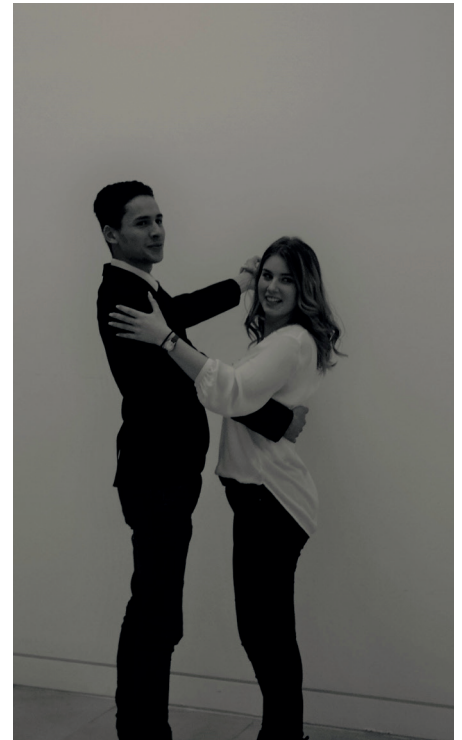
Wie steht's denn bei Ihnen? Haben Sie schon alle Vorbereitungen getroffen? Sind die Abendgarderoben zusammen gestellt, Frisur und Make-Up geplant und Schuhe

geputzt? Nein? Ja! Na, dann kann es ja los gehen!

Doch Vorsicht ist geboten. Es können die vielfältigsten Schwierigkeiten auf Sie zu kommen. So will es gelernt sein, mit einem bodenlangen Kleid, auf hohen Schuhen und einem vollbeladenen Tablett in der Hand ohne hinzufallen eine Treppe hinauf zusteigen. Ich spreche da aus eigener Erfahrung. Sich beim Essen nicht zu bekleckern ist ebenfalls eine Kunst für sich. Zudem ist davon abzuraten, zu viel Alkohol zu sich zu nehmen, wenn es peinliche Situationen zu vermeiden gilt. Ungezügelter Ausschweifungen waren noch nie wirklich nutzbringend. Es ist auch unschön, nach dem Ball zu seiner Unterkunft zurückzukehren und dann festzustellen, dass der Schlüssel noch auf dem Tisch im Ballsaal liegt.

Na ja, jeder muss da wohl seine eigenen Erfahrungen machen und sehen, was der diesjährige Diplomatenball bringt.

Anna-Katharina Gülicher



Armband, Kopfbedeckung, Gesichtsbemalung Eure Dresscode Vorschläge



In unserer letzten Ausgabe haben wir Sie gefragt, welche neue Dresscode-Verordnung Ihren Wünschen entsprechen würde.

Dabei haben sich einige Favoriten herauskristallisiert: Besonders beliebt war der Vorschlag, ein repräsentatives Ländermerkmal zu erstellen und dies im Dresscode kenntlich zu machen. Dies kann in Form eines Armbandes, einer Bluse oder eines Hemdes sowie durch Gesichtsbemalung geschehen.

Dagegen erwies sich die Idee einer Kopfbedeckung als weniger wünschenswert. Zum größten Teil wurde ebenfalls der Vorschlag einer roten

Fliege/Krawattenpflicht für alle Männer abgelehnt.

Es ist also nicht ausgeschlossen, dass Delegierte nächstes Jahr ein kleines repräsentatives Ländermerkmal bei sich tragen. Aber wer sagt, dass es nicht auch gleich eine ganze Tracht sein darf? Ein gutes Vorbild stellt hierfür der Delegierte Lasse Nordmann der Zentralafrikanischen Republik dar, welcher es wohl schon dieses Jahr nicht abwarten konnte, sein Land in Form einer Tracht zu repräsentieren.

Johanna Elin Ciani, Francesca Adam

Ist der Komm-Service etwa korrupt?



Berichten zu folge haben sich Mitglieder des Komm-Services mit Süßwaren bestechen lassen.

Eine anonyme Quelle aus dem MRR berichtete, der Komm-Service leite vermehrt Nachrichten zunächst an den Delegierten Katars, ehe sie an ihren tatsächlichen Empfänger gesandt werden.

„Es ist bestürzend, wenn man sich nicht mehr sicher sein kann, ob das Briefgeheimnis noch gewahrt wird,“ beschreibt ein Betroffener und Zeuge der Vorfälle sein Befinden in Bezug auf die vermutete Bestechung.

Katar äußerte sich mit folgender Stellungnahme zu den Vorwürfen: „Seitens der Monarchie Katar fand zu keinem Zeitpunkt eine Korruption [statt], we-

der gegenüber des Komm-Services, noch sonstigen Institutionen.“ Der Delegierte Katars sowie ein Komm-Service Mitglied unterzeichneten diese. Doch neben einem anwesenden Komm-Service-Mitglied fanden sich ein auffällig großer Haufen an Süßigkeiten. „Das waren nur Geschenke, keine Bestechung“, bemerkte das Komm-Service-Mitglied schmunzelnd. Kurz vor Redaktionsschluss wurde von einer weiteren anonymen, aber glaubhaften Quelle berichtet, Katar habe die Nachrichten an nicht befreundete Länder (Deutschland, Ecuador und Frankreich) abfangen lassen und lesen wollen.

Befragt zu den Vorwürfen antworte-

te Komm-Service Leiter Silas Rathke: „Das wäre mir neu“. Sie hätten lediglich bemerkt, dass Katar die Mitarbeiter für ihre gute Arbeit belohne, „das ist doch keine Bestechung.“ Konfrontiert mit dem Wissen um direkte Quellen aus seinem Nicht-Mehr-Secret-Service argumentiert er, seine jungen Mitarbeiter würden den Unterschied zwischen Bestechung und Belohnung nur noch nicht kennen. „Wie können die Kinder schuldig sein. Trotz all dieser Anschuldigungen würde Herr Rathke, Leiter des bestechlichen Komm-Service, dennoch nicht über einen Rücktritt nachdenken.

Faried-Louis Kayser

Nur mal kurz Wasser holen?

Gestern haben die Delegierten in Foyer kostenloses Wasser angeboten. Komischerweise haben alle abgelehnt. Wieso nur?

Das Wasser hatte dieselbe Qualität wie das Trinkwasser in Entwicklungsländern. Das internationale Komitee des Roten Kreuzes, Charity Water und Greenpeace International haben diese Aktion ins Leben gerufen, um auf die schlechte Wasserversorgung in Entwicklungsländern aufmerksam zu machen.

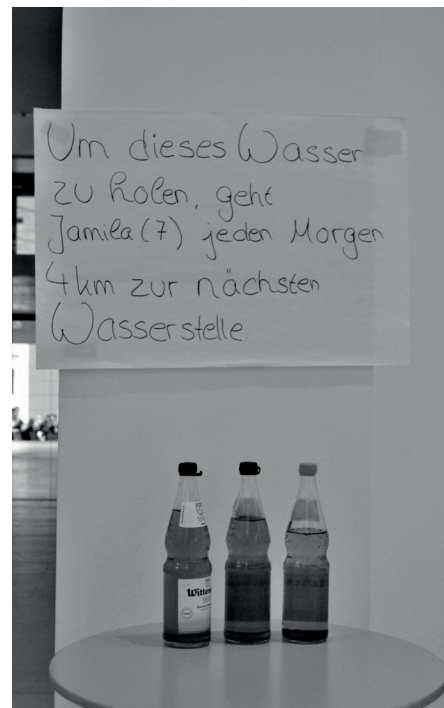
Neben dem Wasser hingen auch Plakate an Wänden und Säulen. „Sauberes Wasser ist nicht selbstverständlich“ und „Das Wasser darfst du trinken – das Saubere brauche ich für meinen Golfplatz“ heißt es.

Die NGOs hoffen mit dieser Aktion,

den Delegierten die Bedeutung der lebensnotwendigen Ressource Wasser stärker ins Bewusstsein zu rufen. Für uns mag sie zwar alltäglich sein, doch für viele Menschen steht eben nicht immer eine Flasche sauberes Wasser bereit.

Der Zugang zu ausreichend sauberem Wasser ist die Grundlage für beispielsweise Fortschritt oder die Arbeit von Hilfsorganisationen. Verseuchtes Wasser ist der Hauptgrund lebensgefährliche Durchfallerkrankungen und die Ausbreitung von Epidemien. Auf diesen Punkten sollte in den Debatten ein stärkerer Fokus liegen.

Anna Lenz



Nur Mut zur Debatte!

Der Ausschuss für soziale, humane und kulturelle Fragen berät seit Freitag, den 03.03.2017 über das Thema „Schutz vor Binnenflüchtlingen“. Dazu wurde ein Resolutionsentwurf von Bosnien-Herzegowina eingereicht, der unter anderem „Hilfe zur Selbsthilfe“fordert.

Liest man den Resolutionsentwurf zum „Schutz von Binnenflüchtlingen“ fällt einem eines sofort auf: Die Verwendung von schwachen Operatoren. Wörter wie „fordern“, „ermutigen“ oder „empfehlen“ gehören nicht in einen aussagekräftigen Entwurf, der noch dazu auf eine möglichst schnelle Verbesserung der Probleme von Binnenflüchtlinge zielen soll.

Auch die vielen Anträge auf informelle Sitzungen fallen auf. Dazu wurden immer längere Zeiträume bis hin zu einer Stunde beantragt, in denen sich die Delegierten austauschen wollten. Es

stellt sich die Frage, ob derartige Anträge zur Produktivität des Ausschusses beitragen.

Selbst die Delegierte Uruguays gab zu: „Ja, es wird sich auch über private Themen unterhalten und die Zeit zum Verfassen von Komm-Nachrichten genutzt.“

Ihre Exzellenz die Generalsekretärin Johanna Schwarz äußerte sich in Ihrem kurzen Stellungnahme kritisch und bezeichnete den Entwurf als „zu wenig inhaltlich“. Diese deutliche Aussage stieß auf Unverständnis bei der Delegierten Deutschlands, die die Kritik als zu hart empfand. Trotzdem war sie offen für Feedback.

Anscheinend war diese prägnante Rede ein Weckruf für Viele. Die Delegierte Senegals gab in ihrem Redebeitrag zu, dass Absätze zu schwammig und unpräzise formuliert wurden und hoffte auf konstruktive Änderungs-

anträge der Absätze. Der Vorsitz des Ausschusses nahm erfreut viele Änderungsanträge, vor allem auf Hinzufügen, an, was auch der Vertreter der NGO Religion for Peace als Zeichen des Fortschritts sah.

Insgesamt erreichten 31 Änderungsanträge den Vorsitz, über die im Anschluss einzeln abgestimmt wurden.

Bis zum Redaktionsschluss wurde keine ausformulierte Resolution verabschiedet, weshalb wir heute nicht über den Ausgang berichten können.

Es zeigt sich, dass eine Vielfalt an Redebeiträgen grundlegend für eine konstruktive Debatte ist. Nur gemeinsam gelingt es den Vereinten Nationen, dass die Inhalte der Resolution von allen Staaten getragen und umgesetzt werden!

Alina Thomsen

Resolution zum Schutz humanitärer Hilfen

Eine voreilige Entscheidung?

Seit Freitag wurde im Sonderausschuss für Friedenssicherungseinsätze über das Thema „Schutz humanitärer und medizinischer Hilfeleistungen in Krisengebieten“ diskutiert. Dabei hatten sich deutlich zwei Fronten gebildet. Die einen wollten Hilfeleistungen durch die UN abbauen und die Souveränität der Staaten mehr in den Fokus setzen, während die anderen die Hilfeleistungen aufgrund des Völkerrechts und der Humanität weiter unterstützen und ausbauen wollten.

Vor allem der Irak setzte sich, ob seiner aktuellen Situation, für die Versorgung der Krisengebiete durch lokale Mächte ein. In einem Statement verurteilte er die bisherigen Interventionen der westlichen Staaten als „unüberlegt“ und „verantwortungslos“, da sie tausende Menschenleben gefährdet hätten. Gemäß des Mottos „bilateral statt international“, war der irakische Delegierte der Meinung, direkte Hilfe sei am effektivsten, da die Bedürfnisse in den betroffenen Gebieten von regionalen Akteuren besser eingeschätzt werden könnten. In der Charta hat die UN in Kapitel I Artikel 2 die „Selbstbestimmung der Völker“ als Grundsatz festgelegt. Allerdings hat sie sich im selben Kapitel in Artikel 3 das Ziel gesetzt „internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen“. Ziel muss es also sein, gemeinsam – also international, nicht bilateral – den Menschen überall auf der Welt zu helfen. Ob dies gesichert ist, wenn parteiische Mächte und diktatorische Regime die einzigen Helfer wären, ist fraglich.

Die Unterstützer der Hilfeleistungen berufen sich, in Bezug auf die tatsächliche Bereitstellung dieser, vor allem auf das Völkerrecht. So kommentierte die Nichtregierungsorganisation des Internationalen Roten Kreuzes, dass die Einhaltung des Völkerrechts zentral für die Gewährleistung von Hilfe sei. Zudem sollte Konsens darüber herrschen, dass objektive NGOs international Hilfe leisten dürfen. Diese Einwände sind sehr berechtigt, ist das Völkerrecht doch nur sinnvoll, wenn es auch eingehalten wird.

Diese Richtung wurde auch von ihrer Exzellenz der Generalsekretärin in ihrer Rede unterstützt. Sie hob hervor, dass gerade der Angriff von Hilfsorganisationen inakzeptabel sei, was jedoch heute leider nicht mehr selbstverständlich ist. Der Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze stellte als Gastredner fest, dass der Konflikt eigentlich gar nicht bestehen dürfe. Er bemerkte richtig, dass die angesprochenen Punkte bereits in der Charta geregelt und von allen Mitgliedsstaaten unterzeichnet seien. Würden alle Staaten ihre in Gesetze gefassten Beschlüsse umsetzen, bestünden viele der heutigen Defizite gar nicht.

Neben den zwei größten Meinungsbildern gab es Kritiker, wie die Volksrepublik China, die Eingriffe ohne Einwilligungen der Staaten als „Geldverschwendung“ bezeichneten und im Verlauf der Sitzung die Beeinträchtigung der Souveränität der Staaten durch solche Eingriffe kritisierte. Die Thematik hoher Kosten wurde auch vom Vereinigten Königreich adressiert. Auch wenn dieser Punkt seine Berechtigung hat, bleibt zu fragen ob staatliche Souveränität über grundlegende Menschenrechte gestellt werden sollte?

Es schienen primär Anstrengungen nötig, um bereits bestehende Gesetze, unter Wahrung der Menschenrechte, in die Tat umzusetzen. Erst dann könnten Helfer und Hilfsgüter in die Krisengebiete kommen. Das spiegelte sich am darauffolgenden Konferenztag im vorgelegten Entwurf des Königreich Spaniens, der in Kooperation mit dem Roten Kreuz und der Welthungerhilfe entstanden war, wieder.

Dieser wurde dann recht zügig mit 22 Pro-stimmen, einer Gegenstimme und drei Enthaltungen verabschiedet.

Neben der Forderung zur Einhaltung der Genfer Konvention und des internationalen Völkerrechts, betont die Präambel, dass „der Schutz von Zivilpersonen sowie humanitärer und medizinischer Hilfeleistungen oberste Priorität haben sollten“. Hiermit wurde der Konflikt zwischen der Souveränität der Staaten und dem Wohl der Zivilbevölkerung geklärt. Jedoch wird eingeräumt, dass „komplexe Konflikte im

Einzelfall gesondert zu evaluieren“ sind. Dies ist zwar weit fassend formuliert, kann aber in Zukunft den nötigen Spielraum bieten. Dabei sollte auf eine zügige Umsetzung geachtet werden.

Kompromisse sind vor allem in den operativen Absätzen vier bis sechs zu erkennen. In ihnen wird ein verstärkter Dialog zwischen den Konfliktparteien und der UN bei der Einrichtung von Schutzzonen empfohlen. Die Überarbeitung des Schutzzonen-Konzepts dürfte dabei einer der wichtigsten Punkte sein, da diese trotz guten Ansatzes bislang keine Erfolge verzeichnen. Durch das Einbinden von bilateralen Abkommen ist nicht nur der Vorschlag des Iraks mit eingebracht, sondern auch die finanzielle Frage Großbritanniens geklärt worden. Auch Absatz acht setzt Kooperation voraus, könnte aber auch dazu führen, dass manche Bevölkerungsgruppen von Hilfeleistungen durch einen Staat ausgeschlossen werden könnten.

Nach der Vorstellung des Resolutionsentwurfes im Sicherheitsrat durch den Delegierten Chinas als Pro- und der Demokratischen Volksrepublik Korea als Contra-Redner, forderte die Generalsekretärin dazu auf, den Entwurf weiter zu verbessern. Trotz dieses Aufrufs kam es anschließend zu keiner Debatte und die Resolution wurde angenommen.

In der anschließenden Stellungnahme, lobte ihre Exzellenz den guten ersten Ansatz und die „Nennung von UN-Schutzzonen als Möglichkeit, sichere[r] Korridore für Flüchtlinge“, gab allerdings bekannt, sie hätte sich „ein konkreteres Maßnahmenpaket“ und weiterreichende Ambitionen gewünscht.

Nachdem ein Delegierter des Sonderausschusses für Friedenssicherungseinsätze sich bereits in der Pause „annehmen, ablehnen, aber nicht zurückschicken!“ gewünscht hatte, wird diese Entscheidung dort sicher auf Freude gestoßen sein. Ob das direkte Annehmen ohne weitere Überarbeitung die beste oder eher die einfachste Entscheidung war, sei dahingestellt.

Alexandra Thomson

Steinigung im Menschenrechtsrat

Steinigung im Menschenrechtsrat

Am zweiten Konferenztage wurde im Menschenrechtsrat zum Thema LGBTQ*-Rechte die Todesstrafe für Homosexuelle diskutiert. In einem Redebeitrag stand Steinigung als mögliches Vollzugsmittel zur Debatte.

Als die NGOs davon hörten, reagierten sie empört und beschlossen dagegen protestieren. Insgesamt neun Nichtregierungsorganisationen, darunter Grassroots International und Human Rights Watch, stürmten wenig später das Gremium und „steinigten“ die anwesenden Delegierten symbolisch mit Papierbällen.

Sie wollten dagegen protestieren, dass dieser Gedanke überhaupt in Betracht gezogen wird, verstößt er doch gegen alle Grundsätze der Menschlichkeit. Zurück



bleiben Papierbälle: Eine Warnung an die Delegierten.

Auf den Protest folgten wütende Reaktionen. „Für diese Papierverschwendung und Beleidigung werden wir euch steinigen!“

schreibt der Delegierte des Staates Katar an alle NGOs. Es scheint, als wäre diese Komm-Service-Nachricht die eigentliche Papierverschwendung.

Anna Lenz

Einstimmig angenommen

KWT stimmt erfolgreich über Resolutionsentwurf als ganzes ab



Der Delegierte des Vereinigten Königreichs hält die Pro-rede.

Gegen 10 Uhr am Morgen des zweiten Konferenztags stimmte die Kommission für Wissenschaft und Technologie im Dienst der Entwicklung erfolgreich über den Resolutionsentwurf zum Thema „Zugang zu und Sicherheitsstellung von Energie in nicht-urbanen Gebieten“ als ganzes ab.

Ihre Exzellenz die Generalsekretärin, die während der Abstimmung über den Ent-

wurf in der KWT anwesend war, beglückwünschte das Gremium lobend zu seiner produktiven und zügigen Arbeit. Jedoch schlug sie zusätzlich vor, sich noch einmal intensiver in die Thematik kurzfristig umsetzbarer Maßnahmen, zur Ermöglichung des Zugang zu und Sicherheitsstellung von Energie, einzuarbeiten. Dadurch könne der bereits sehr gute Resolutionsentwurf noch verbessert werden.

Anschließend wurde dieser um 11 Uhr im

Obergremium, dem Wirtschafts- und Sozialrat, vorgestellt. Dort traten der Delegierte des Vereinigten Königreichs als Pro- und die Delegierte Brasiliens als Contra-Redner auf. Nach zweistündiger Debatte wurde der Resolutionsentwurf allerdings zur Überarbeitung in die KWT zurückgeschickt.

Anna-Katharina Gülicher

Rechte für Menschen zerstören keinen Frieden – sie schaffen ihn erst

Ich bin ein Mensch. Ein Mensch, wie Sie auch. Wir haben beide eine Biologie, die es uns erlaubt, zu atmen, zu essen, zu fühlen, zu riechen, zu hören, zu sehen, zu denken, zu leben. Eine Identität zu haben. Wir haben, herunter gebrochen, vermutlich sogar ähnliche Ziele im Leben: wir wollen glücklich sein, lieben, Spaß haben, Erfolg, wir wollen uns selbst gut finden, mögen, und, mal schauen, wie es dann so läuft, den Partner fürs Leben finden.

Und genau da hüpfen die beiden springenden Punkte: Bei Ihnen springt aller Wahrscheinlichkeit nach der Partner-fürs-Leben-Schalter um, wenn es Ihrer Form von „hübsch“ und „klug“ und Ihrem biologischen Gegenstück entspricht. Frauen wollen Männer, Männer wollen Frauen. Aber auch da ist die Welt reich an Formen: die einen mögen die großen Menschen, die anderen die kleinen, manche blonde, andere schwarzhaarige, der kluge, der doofe. Genauso wie der Geschmack beim Filmegucken.

Und jetzt kommt es: Ich mag die Filme, die Sie schauen, gar nicht. Null. Aber bin ich deshalb weniger „wert“ als Sie? Wohl kaum. Sie mag Action, er Tierdokus, die da Animes, der dort drüben alles, außer Sci-Fi. Und es ist völlig irrelevant. Jeder sollte gucken, was er mag.

Und jetzt kommt dies: Ich mag das „andere“ Geschlecht nicht. Naja, nicht „nicht“, aber ich mag es nicht so, wie Sie. Ich bin nicht heterosexuell.

... Und sie ist hetero, er ist asexuell, der da ist es total egal und die dahinten steht auf beides. Egal. Wie beim Filmegucken. Es ist alles völlig irrelevant. Jeder sollte lieben, wen er mag.

Sie können mir folgen?

Dann gehen wir einen Schritt weiter. Die Toleranz von Tendenzen jenseits der Heterosexualität ist meiner Meinung nach das verhältnismäßig kleinste Problem, dem aber die meiste Aufmerksamkeit gewidmet wird. Auf was man steht, ist ein winziger Teil der eigenen Identität. Viel größer ist die Identität wörtlich. Wer sind Sie? - Und damit meine ich nicht, welche Filme Sie mögen, wie Ihr Ahnenbaum aussieht, wen Sie mögen. Wer sind Sie?

Quasi das kleinste unteilbare Teilchen Ihrer Persönlichkeit, das Wesen Ihrer Seele, Ihr Ich?! Denn dort unterscheiden Sie und ich uns vermutlich in unserer Gleichheit: Wird ein Mensch geboren, schaut jemand in die Hose und pinselt dementsprechend in die Geburtsurkunde ein „w“, falls da „nichts“ ist, oder ein „m“ falls da etwas ist. Bis auf eine mini-minimale Ausnahme, stimmt dieser Buchstabe auch mit einem Teil Ihrer Identität überein; männlich, wenn da was war, weiblich, wenn nicht. Bei mir nicht.

Ich identifiziere mich nicht mit meinem Körper; ich kann es nicht, selbst, wenn ich es versuche. Ich wünschte wirklich, ich wäre genauso normal wie Sie. Es muss toll sein, wenn das Haus zum Hausherrn passt. Manchmal bin ich so wütend und eifersüchtig auf „normale“, dass ich nie wieder rausgehen will. Sie glauben es vielleicht nicht, aber auch wenn man etwas „hasst“, heißt das noch lange nicht, dass man es ändern kann.

Und das alles, bevor mir irgendjemand meine Rechte als Mensch absprechen will. Es ist schon so schwer genug. Ich würde das nicht einmal meinem Feind wünschen. Sie sehen, ich würde also keine Adoleszenten dazu „überreden“, so zu sein. Zudem ist die Forschung nahezu restlos davon überzeugt, dass „das Ganze“ durch eine Hormonstörung innerhalb des ersten Schwangerschaftsdrittels entsteht. „Die Sache“ ist also etwas, das man sich weder aussuchen kann, noch etwas, das so gut ist, dass man es sich aussuchen würde. Jemanden deshalb steinigen zu wollen, weil er so ist, gehört zu den lächerlichsten Dingen überhaupt.

Womit wir beim nächsten Punkt sind: Leben. Wissen Sie, mein Leben ist abgesehen davon sehr schön. Ich bin einigermaßen klug, habe eine nette Familie, einen tollen Partner, und kann tolle Erfahrungen wie hier bei MUN sammeln. Ich habe überlebt, mein Geschlecht zu hassen und von meiner Umwelt angesehen zu werden, als wäre ich abartig. Ich habe Rechte, so wie jeder Mensch auf dieser Welt. Ich lebe in einem Land, das die Rechte von „LGBTQ*“ achtet und um deren „Leid“ weiß, wenn sie geächtet werden.

Es gibt medizinische Wege, das Leben von Menschen wie mir besser zu ma-

chen. Geht man ihn, so ist es im Grunde nach zwei Jahren unmöglich für Sie zu erkennen, dass ich „anders bin als Sie“. Das Schlechteste ist es nicht. Und auch die hiesige Gesellschaft ist mittlerweile schon so weit, dass die meisten einen bei diesem Weg unterstützen – oder wenigstens tolerieren.

Deshalb geht es mir gut. Ich habe gute Aussichten später einen guten Beitrag zu Wirtschaft, Bildung und Fortschritt des Landes beizutragen. Und, wie gesagt, bis auf dass wir unterschiedliche Filme mögen, sind wir gleich.

Doch jetzt kommt es: Stellen Sie sich vor, in Ihrem Land würde man Sie bestenfalls verfolgen, verjagen oder aller bestens nur verstoßen, wenn Sie der sein wollen, der Sie sind – um glücklich zu werden, und produktiv sein zu können -, wenn Sie die Filme sehen wollen, die Sie mögen? Im schlimmsten Fall müssen Sie fliehen – und werden im neuen Land bestraft, weil Sie geflohen sind, oder Sie fliehen nicht schnell genug und werden im besten Fall erschossen oder erhängt, womöglich aber sogar gesteinigt. Und weswegen? Weil Sie andere Filme mögen, und sie auch sehen wollen.

Schon 1740 schrieb der damalige König von Preußen, Friedrich II, „Jeder soll nach seiner Façon selig werden“, obwohl er Friedrich Wilhelm I., auch genannt „der Soldatenkönig“, zum Vater hatte, also mehr als genug Steine auf dem Weg in Richtung eines aufgeklärten Geistes hatte.

Im Namen aller Menschen, die sich durch diesen Text vertreten fühlen, rufe ich Sie alle dazu an, verehrte Delegierte und alle anderen Interessierten und „Aktivisten“, gemeinsam dafür zu kämpfen, dass wir wieder alle Mensch sein dürfen. Menschsein leben – das sollte das Ziel sein.

Und nie vergessen: wer immer uns erschaffen hat, hat uns alle erschaffen. Es ist eine Aufgabe. Diese können wir gemeinsam lösen.

Anonym

Die ungekürzte Fassung finden Sie in unsrer Online-Ausgabe www.presse.mun-sh.de.

Wie gelangt eine NGO ans Ziel?

In einem exklusiven Interview mit UN Times wurden diese Fragen ausführlich diskutiert.

Jessica Bonn, Vertreterin des Deutschen Roten Kreuzes, verrät bereits vor der Abstimmung über den Resolutionsentwurf Brasiliens in der Generalversammlung wesentliche Informationen bezüglich seiner Rolle

UNTimes: Danke, dass Sie sich Zeit nehmen, mit UN Times zu sprechen. Welche Meinungen vertreten Sie in Bezug auf den Aufbau einer Weißhelmtruppe?

J. Bonn: Dem internationalen Komitee des Roten Kreuzes ist besonders wichtig, dass die NGOs unabhängig unter allen Umständen bleiben. Es ist uns ebenso wichtig, dass eine Weißhelmtruppe aufgebaut wird, um Menschen aus der ganzen Welt zu helfen. Schließlich wäre es eine Truppe, ausgestattet mit vielen Mitteln und Geldern, und so im Notfall schnell reagieren kann. Dadurch kann das Leid der Menschen in Krisengebieten gemildert werden. Das ist etwas, was das Rote Kreuz unterstützt!

UNTimes: Welche Kooperation besteht Ihrer NGO und anderen Staaten? Welche Interessen einzelner Länder unterstützt das Rote Kreuz?

J.B.: Momentan gibt es drei Resolutionsentwürfe. Da unterstützt das Rote Kreuz die Resolution Brasiliens, da dieses Land den Aufbau einer Weißhelmtruppe vorsieht. Das Rote Kreuz kann dabei helfen, auch wenn es sich nicht unter das Kommando der Vereinten Nationen begeben wird, wie es der Resolutionsentwurf des Iraks oder des Vereinten Königreiches vorsehen. Dabei wäre die Unabhängigkeit des Roten Kreuzes gefährdet.

UNTimes: Hat das Rote Kreuz genügend Ressourcen, um seine Ziele zu erreichen?

J.B.: Das Ziel ist nun der Aufbau einer Weißhelmtruppe. Da das Rote Kreuz hierfür nicht die notwendigen Ressourcen besitzt, ist es auf die Unterstützung der Staaten angewiesen. Das Rote Kreuz hat allerdings Fachkräfte und bereits Erfahrung auf dem Gebiet der Krisenhilfe, und wäre bereit, Informationen und Kenntnisse zu teilen, um die Staaten beim Aufbau der Truppe zu unterstützen.

UNTimes: Kommen wir zur letzten Frage. Inwiefern hat das Rote Kreuz Einfluss auf

die öffentliche Meinungsbildung und die Politik?

J.B.: Das NGO hat im Rahmen der Vereinten Nationen eine hohe Stellung, da es bekannt dafür ist, sich für die Menschenrechte einzusetzen. Als eine deutsche Organisation wird unsere Meinung sehr geschätzt. Wir können uns jedoch nicht zu stark in die Politik einmischen, weil wir sonst unsere neutrale Position in Bezug auf die Rettungskräfte verlieren würden. Durch einen Appell an die Menschen ebenfalls für die Einheit und die Menschenrechte zu kämpfen, können wir jedoch Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung nehmen.

UNTimes: Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit für dieses Interview genommen haben.

Teodora Niculae

Die Rolle der Weißhelmtruppen- ein Meinungsbild

Auch am gestrigen Konferenztag haben die Delegierten der Generalversammlung weiterhin über die Rolle der Weißhelmtruppen debattiert. Trotz Anträge auf Rückkehr zur allgemeinen Debatte einiger Delegierter konnten sie aufgrund der unterschiedlichen Standpunkte der Länder in Bezug auf die Relevanz der Truppen auch bis zur Mittagszeit noch keinen endgültigen Konsens finden. Die Delegierten diskutieren zu diesem Zeitpunkt über ein Resolutionspapier, welches von Brasilien eingereicht wurde.

Zwei Länder, welche gegensätzliche Meinungen dazu vertreten, sind beispielsweise Uruguay und der Irak. UN Times hat versucht, diese verschiedenen Stimmungen einzufangen und mit aktiven Meinungsvertretern zu sprechen.

Die Vertreterin Uruguays berichtete in einem Interview, dass sie vor allem die Einstellung Brasiliens teile. Brasilien befürwortet einen raschen Aufbau einer Weißhelmtruppe und berücksichtigt gleichzeitig die Arbeit der NGOs. Außerdem sei es unerlässlich, dass die NGOs weltweit bei der Rettung von Menschen durch die UN unterstützt werden. Diese Meinung wird jedoch von einigen Delegierten nicht geteilt.

Der Irak beispielsweise vertritt diesbezüglich andere Interessen. Wie ein Vertreter des Iraks UN Times beschrieb, spricht sich die Delegation gegen eine Neueinrichtung von Truppen oder Helferkontingenten aus. Die NGOs „besitzen eine ausreichende Kompetenz“ und man solle diese lieber weiter ausbauen und unterstützen, zum Beispiel durch finanzielle Mittel. Um dies umsetzen zu

können, gibt es von Seiten des Iraks den Vorschlag, eine unabhängige Sonderorganisation der UN zu gründen, welche sich darauf spezialisiert, die NGOs bei ihren Einsätzen besser zu koordinieren.

Gestern nahm auch die Generalsekretärin in der Generalversammlung persönlich Stellung zu diesem Konferenzthema. Sie machte deutlich, dass jetzt festgelegt werden müsse, welche Rolle die Weißhelmtruppen spielen sollen und in welchem Ausmaß. Es gelte nun, die zentralen Aspekte der Weißhelmtruppen zu diskutieren. Vor allem die Frage der Wichtigkeit, der Definition und der Aufgabenteilung der Truppen müssen geklärt werden. Außerdem müsse ein Finanzierungsmodell erstellt werden.

Johanna Elin Ciani, Francesca Adam

Applaus für den Menschenrechtsrat

Der Menschenrechtsrat hat gestern einen Resolution zum Thema: Schutz der Rechte von LGBT* verabschiedet. Das Ergebnis ist kein Ergebnis. Da sitzen die Delegierten zwei Tage lang an diesem Entwurf, und am Ende bleibt alles wie vorher. Warum beschäftigen sie sich damit? Diese Resolution war ihren Aufwand nicht wert.

*„Die Aufklärung der Bevölkerung in allen Staaten hinsichtlich sexueller Minderheiten [ist] für einen größeren Schutz dieser unerlässlich“
(Operativer Absatz 8, Teil 1)*

So weit so gut. In 73 Staaten der Welt ist queer sein strafbar, in Neun Ländern steht darauf die Todesstrafe. Bildung und Aufklärung ist ein wichtiger Bestandteil von Entwicklung und ein großer Schritt in die richtige Richtung. Weiter im Text:

„Die internationale Staatengemeinschaft [wird aufgefordert] [...], die Todesstrafe als Strafe für die sexuelle Orientierung abzuschaffen.“ (Operativer Absatz 2)

Das klingt ja auch ganz nett. Wäre das nicht nur eine Forderung im Menschenrechtsrat. Der Delegierte des Staates Katar antwortete auf meine Frage, ob sein Staat nun die Todesstrafe abschaffe, mit „Nö“, der Delegierte des Staates Saudi-Arabien verneinte ebenfalls. Da sehen wir, was so eine Forderung bringt.

„Solange keine höhergestellten Prioritäten Vorrang genießen und die Regierung der Meinung ist, dass der innere Frieden durch solche Aufklärungsmaßnahmen nicht gefährdet wird.“ (Operativer Absatz 8, Teil 2)

Die Aussage ist: Macht was ihr wollt. Ihr müsst nichts ändern, auch wenn in eurem Land eine Minderheit unterdrückt wird. Es ist egal, wenn ihr die Rechte einer ganzen Menschengruppe

einschränkt. Die Artikel 1-3 (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit; Verbot der Diskriminierung; Recht auf Leben und Freiheit) oder der Artikel 22 der AEMR (Recht auf soziale Sicherheit) sind sowieso unwichtig.

Kurz bevor über den Resolutionsentwurf abgestimmt wurde betreten ihre Exzellenz die Generalsekretärin und Vertreter*Innen aller NGOs das Gremium. Die Generalsekretärin hielt eine kurze Ansprache, in der sie die Delegierten aufforderte, sich den Entwurf nochmal durch den Kopf gehen zu lassen und dabei an die allgemeine Erklärung der Menschenrechte zu denken. Die NGOs stellten sich hinten im Raum auf. Nachdem die Abstimmung vorbei und aus dem Entwurf eine Resolution geworden war, sagte sie nochmal ein paar Worte. Sie betonte, dass die Delegierten in der Diskussion gemerkt hätten, wie kontrovers dieses Thema ist und wie schwer es ist zu einem Beschluss zu kommen. Außerdem forderte sie die Vertreter*Innen der NGOs auf, weiterhin für ihre Sache zu kämpfen, obwohl in der UN nicht immer Resolutionen verabschiedet werden, die die Menschenrechte in der Form schützen, wie es sich die Zivilgesellschaft wünscht.

Die NGO Grassroots International äußerte sich wie folgt zu dem Thema: „Es ist empörend, dass im Menschenrechtsrat überhaupt über grundlegende Menschenrechte debattiert wird.“ Human Rights Watch ließ verlauten: „Es ist erschreckend, dass einige Rechte über andere gestellt werden. Kein Menschenrecht ist mehr wert als das andere.“

Es ist eine Schande, dass im 21. Jahrhundert noch mittelalterliche Positionen vertreten werden. Die Resolution hätte eine Möglichkeit sein können, die Menschenrechte besser zu schützen, doch der Menschenrechtsrat hat erfolgreich versagt.

Resolution zur Situation im Irak

Seit Freitag wird im Sicherheitsrat zum Thema „Situation im Irak“ die militärische Strategie sowie die Position der UN zum IS diskutiert. Das Hauptaugenmerk liegt auf dem Wiederaufbau und darauf, das erneute Aufflammen des Konfliktes zu verhindern.

Der Resolutionsentwurf, eingereicht durch die Delegierten Spaniens, unterstützt ausdrücklich alle militärischen Maßnahmen der derzeitigen Anti-IS-Koalition und sieht eine friedliche Koexistenz zwischen Sunnit*innen und Schiit*innen von Seiten der Regierung vor. Damit wollen sie die Ursachen für die Spaltung der Zivilbevölkerung bekämpfen. Allerdings thematisiert die Resolution auch, dass mit harten militärischen Mitteln gegen den Islamischen Staat vorgegangen werden muss. Der Resolutionsentwurf beinhaltet erste Schritte für den Wiederaufbau des Iraks und beschließt den UNHCR-Einsatz auszuweiten. Diese Schritte sollen helfen die humanitäre Lage zu verbessern. Insgesamt sind die Maßnahmen sehr befriedigend und führen laut der Generalsekretärin in die richtige Richtung. Ihre Exzellenz dankte für diesen effektiven Lösungsansatz. Dennoch appellierte sie an den Sicherheitsrat, in Zukunft näher mit den NGOs zusammenzuarbeiten.

Ines Rohrbach



IMPRESSUM

Herausgeber: Deutsche Model United Nations e.V.,

Wischenwinkel 1, 21147 Hamburg

Chefredaktion und ViSDP: Britta Splanemann,

Clara Klöcker

Layout: Carla Bock

Onlineredaktion: Britta Splanemann

Es handelt sich um Nachrichten

einer simulierten Konferenz

2017

Anna Lenz